

---

*Helmut Dietrich*

## Was stört? Anmerkungen zur Repressionsentwicklung und zur mediterranen „Black Box“<sup>1</sup> der EU

In den vergangenen drei Jahrzehnten folgte die Repression der Fluchthilfe überwiegend dem Motto, dass man es mit Schleusung, motiviert durch finanzielle Gewinnabsichten, zu tun habe. In der Verteidigung der Fluchthilfe ging es darum, das zu widerlegen und familiäre oder humanitäre Beweggründe geltend zu machen.

Seit wenigen Jahren setzen die Behörden Südeuropas zusätzlich anders an: Sie bedienen sich erstens einer pervertierten humanitären Logik der Kriminalisierung mutmaßlicher Bootsfahrer, die ihre Passagiere in Lebensgefahr gebracht hätten, oder aber – zweitens – einer Art Feindstrafrecht gegen das fluchtsolidarische Monitoring (als „*countersurveillance*“ gegen Paramilitärs auf See). In Griechenland, Italien und Spanien werden individuelle Haftstrafen von Jahren, Jahrzehnten oder gar von über hundert Jahren verhängt.

Spezialist\*innen der Abschottung begründen diese faktisch „gesetzlose“ Kriminalisierung damit, dass das Rückschiebungssystem nicht wie geplant funktioniert. Zudem macht das zivilgesellschaftliche Monitoring auf die massenhaften „*invisible shipwrecks*“ aufmerksam, also auf die Politik des stillen Massensterbens im Mittelmeer – und nicht nur auf die NGO-Geretteten und die dokumentierte unterlassene Hilfe auf See.

Im Folgenden wird vorgeschlagen, gegenüber diesen zwei unterschiedlichen Kriminalisierungen – der Boatpeople wie des solidarischen Monitoring – angemessen zu verfahren: In den südeuropäischen Knästen werden immer mehr angebliche Bootsfahrer gefangen gehalten. Eine alltägliche politische wie soziale Zuwendung ist hier nötig. Sodann ist zu

---

<sup>1</sup> Durch „Blackboxing“ werden Vorgänge unsichtbar gemacht und einer Indifferenz ausgesetzt.

diskutieren, wie der paramilitärischen und geheimdienstlichen Kriminalisierung von Supportern an der Peripherie der EU mit Verweigerung und mit Protesten vor den EU-Zentren zu begegnen ist.

\*

In Griechenland,<sup>2</sup> Italien<sup>3</sup> und Spanien<sup>4</sup> steigt die Zahl der Verurteilungen von mutmaßlichen Bootsfahrern zu drakonischen Strafen sprunghaft an, und strafverschärfend heißt es, sie hätten ihre Mitflüchtenden in Lebensgefahr gebracht. Selbst Überlebende, die eigene Familienangehörige auf ihrer Bootspassage verloren haben, werden mit dieser Begründung zu absurd hohen Gefängnisstrafen verurteilt. – Sodann werfen die griechischen,<sup>5</sup> italienischen<sup>6</sup> und marokkanisch-

---

<sup>2</sup> “He Saved 31 People at Sea. Then Got a 142-Year Prison Sentence,” New York Times, 25. Juni 2021; Bordermonitoring: Incarcerating the Marginalized. The Fight Against Alleged “Smugglers” on the Greek Hotspot Islands, München 2021; Mare Liberum, 230 years in prison – The systematic criminalisation and imprisonment of people on the move in Greece, Berlin 2021, [<https://mareliberum.org/en/230-years-in-prison-the-systematic-criminalisation-and-imprisonment-of-people-on-the-move-in-greece/>].

<sup>3</sup> Lorenzo D’Agostino, “Inside Italy’s Show Trial against Libyan ‘Boat Drivers,’” Alarmphone, 3. Juli 2021.

<sup>4</sup> Siehe Zeitungsmeldungen wie: [[https://cadenaser.com/ser/2021/06/13/tribunales/1623616271\\_631115.html](https://cadenaser.com/ser/2021/06/13/tribunales/1623616271_631115.html)]; [[https://www.diariodecadiz.es/noticias-provincia-cadiz/TSJA-confirma-condena-carcel-piloto-patera\\_0\\_1527447470.html](https://www.diariodecadiz.es/noticias-provincia-cadiz/TSJA-confirma-condena-carcel-piloto-patera_0_1527447470.html)].

<sup>5</sup> Alarmphone, „Die wirklichen Verbrechen sind die vom griechischen Staat verübten Push-backs und Menschenrechtsverletzungen“, Pressemitteilung, 4. Oktober 2020; in Griechenland u. a.: To Vima, [<https://vimapress.gr/telos-sti-drasi-evropaikon-mko-pou-diefkolynan-tin-diakinisi-metanaston-apo-tin-tourkia-sti-lesvo/>], 28. September 2020; in der EU: [<https://www.euro-news.com/2020/09/29/greek-police-accuse-33-ngo-members-of-helping-migrant-smugglers>], [<https://euobserver.com/migration/150316>]; in Deutschland: Veröffentlichungen von tichyeinblick, pi-news, AFD Rosenheim. Aktuell: [<https://www.kathimerini.gr/society/561439168/metanasteytikovaries-dioxeis-eis-varos-melon-tessaron-mko/>].

<sup>6</sup> Deanna Dadusc / Chiara Denaro, “Criminalising Solidarity: Silencing Critical Voices and Erasing the Critical Gaze on Border Violence,” University of Oxford, Faculty of Law, 14. Mai 2021, [<https://www.law.ox.ac.uk/research-subject-groups/centre-criminology/centreborder-criminologies/blog/2021/04/criminalising>]; Zach Campbell / Lorenzo D’Agostino, “Friends of the Traffickers. Italy’s Anti-Mafia Directorate and the ‘Dirty Campaign’ to Criminalize Migration,” The Intercept, 30. April 2021; The Board of MEDITERRANEA, Saving Humans, APS, 15. März 2021 (graue Literatur); Lorenzo Tondo, “Italian prosecutors secretly recorded human rights lawyers,” The Guardian, 15. Mai 2021; International Solidarity Call for Mediterranean Saving Humans,

spanischen<sup>7</sup> Behörden in den letzten Zeiten den Rettungsorganisationen Spionage und Kontakte zu Personen und Bevölkerungen an der türkischen beziehungsweise libyschen Küste vor. Das wird von Hetzkampagnen der dortigen Massenmedien begleitet. Auch hier stehen absurd hohe Haftstrafen im Raum.

Die Lebensgefährdung anderer und die heimliche Zusammenarbeit mit dem Feind sind außerordentlich gravierende Delikte. Damit wird der Einsatz antiterroristischer und geheimdienstlicher Organisationen gegen Boatpeople wie gegen Rettungs-Aktivist\*innen gerechtfertigt.

Wie lässt sich diese repressive Entwicklung erklären? Warum gibt es gegen die zivile Seenotrettung eine gewisse Gleichzeitigkeit der Repressionsentwicklung in Griechenland, Italien und Marokko / Spanien? Sollten wir von einer Europäisierung der Repression sprechen und entsprechende Handlungsperspektiven entwickeln?

Niemand kann die zunehmende politisch-polizeilich-militärische Europäisierung der Festung Europa abstreiten. Aber ich will hier keine zentralen Repressionsanweisungen aufdecken oder eine Analyse der EU-Steuerung vorlegen. Stattdessen möchte ich eine strukturelle Krisenentwicklung der Festung Europa skizzieren. Die Krisenphasen verlaufen einigermmaßen synchron mit den Repressionsphasen.

Das Schengener Abwehrsystem stammt aus den 1980er Jahren. Zu Beginn der 1990er Jahre kam es zu einer großen unregulierten Immigration und Zuflucht nach Westeuropa. Das Schengener Visa-Regime illegalisierte faktisch die Reisen armer Leute an der Peripherie der Europäischen Union, so dass schlagartig ein Business und eine eher kleinteilige Fluchthilfe an der Außengrenze entstanden. Die strafgesetzliche Antwort der EU-Staaten bestand in der umfassenden Kriminalisierung der Fluchthilfe. Vorbild war die Kriminalisierung politischer Ver-

17. März 2021, [<https://mediterraneauescue.org/en/international-solidarity-call-for-mediterranean-saving-humans>].

<sup>7</sup> Zum Ermittlungsdossier der spanischen Polizei und Frontex gegen die Aktivistin Helena Maleno, die aus Marokko ausgewiesen wurde, siehe: [<https://elpais.com/espana/2021-04-12/la-activista-helena-maleno-denuncia-su-violenta-deportacion-desde-marruecos-a-espana.html>]; [<https://www.pikaramagazine.com/2019/07/helena-maleno/>].

einigungen und die Bekämpfung der sogenannten Organisierten Kriminalität.

Ende der 1990er Jahre gelangten große Flüchtlingsschiffe aus der Türkei und dem Libanon nach Süditalien und sogar nach Südfrankreich. Manche dieser Schiffe transportierten mehr als tausend Boatpeople. Unter deutscher Führung verabschiedete die EU die ersten migrationsbekämpfenden Aktionspläne, unter anderem gegen Kurdistan. Der deutsche Innenminister Manfred Kanther prägte seinerzeit das Wort der „kriminell organisierten Wanderungsbewegungen“,<sup>8</sup> das eine strafrechtliche Zusammenarbeit von Deutschland mit einer ganzen Reihe von Ländern – über Italien und die Balkanstaaten bis in die Türkei und den Libanon – ermöglichte. Das Mittelmeer galt damals als noch nicht technisch kontrollierbar. Ziel war vielmehr, die türkischen und libanesischen Polizeien und Militärs für die Strafverfolgung Ausreisewilliger zuständig zu machen.

Wir beobachteten damals sogenannte „Schlepper-und-Schleuser“-Prozesse gegen migrantische Communities in Deutschland. Die Ermittlungen stützten sich auf eine unerhörte Menge an transnationalen Telefonüberwachungen, auf die Registrierung transnationaler Finanzflüsse und auf die Überwachung angeblicher Anlaufpunkte wie bestimmter Kioske oder Läden von Migrant\*innen. Ergebnis der Prozesse war in der Regel nicht das Aufdecken großer Organisationen, sondern die Kriminalisierung der kurzstreckigen Beförderung oder Beherbergung Verwandter und Bekannter. Die Unmenge der CDs mit den aufgezeichneten fremdsprachigen Telefonaten konnten Anwalt\*innen gar nicht richtig auswerten. Im Grunde gab es keinerlei Evidenz, sondern Gespräche im Gerichtsraum, die als Geständnisse gewertet wurden.

2004 schickte eine erste NGO ein Schiff in das zentrale Mittelmeer, um das dortige stille Ertrinkenlassen aufzudecken und im Notfall Menschen zu retten. Eine italienische Staatsanwaltschaft kriminalisierte die

---

<sup>8</sup> Dies wurde in den Massenmedien kolportiert. Das ursprüngliche Zitat lautet: „die von Schleuserbanden organisierte illegale Zuwanderung irakischer Staatsangehöriger“ (Manfred Kanther, Zustrom von Einwanderern aus Irak. Entwurf eines Sofort-Aktionsprogramms, Rat Justiz und Inneres am 4./5. Dezember 1997 in Brüssel, TOP 12, S. 1).

Seenotrettung von Boatpeople durch das NGO-Schiff Cap Anamur dann auf eine beispielhaft absurde und willkürliche Art.

Bis vor ungefähr zehn Jahren gingen die EU-Staaten davon aus, dass das Mittelmeer technisch-polizeilich nicht gegen Boatpeople abzuschotten ist. Stattdessen konzentrierte man sich auf die Kriminalisierung an Land und auf die Propagierung von EU-Lagern in Nordafrika. 2003 forderten Blair, Berlusconi und Schily die nordafrikanischen Staaten vergeblich dazu auf, auf ihrem Boden EU-Lager für abgefangene Boatpeople einzurichten. Seit 2003 haben nordafrikanische Staaten auf Druck der EU Gesetze gegen die sogenannte „illegale Ausreise“ erlassen und gehen strafgerichtlich gegen abgefangene Boatpeople vor. Ungefähr seit 2010/11 („Arabellion“) lässt sich in Spanien, Italien und Griechenland ein EU-weit koordiniertes Vorgehen gegen Boatpeople nach ihrer polizeilichen Übernahme auf See oder an Land beobachten: Sie werden in Gewahrsam genommen und ausführlich nicht etwa nach ihren Asylgründen und beispielsweise nach Folter in libyschen Milizenlagern, sondern nach der Organisierung ihrer Passage befragt. Seitdem gilt das Abschreckungsprinzip, dass pro Boot eine Person als „Schleuser“ festgenommen wird, die dann eine drakonische Haftstrafe erwartet. Im Hintergrund dieser europaweit zu beobachtenden Kriminalisierung arbeiten Frontex, Europol und EU-Einsätze von Geheimdiensten und Militärs.

2014/15 fand die bislang größte Krise der Festung Europa statt, vor allem in der Ägäis, aber auch im zentralen Mittelmeer. Die EU brauchte zwei Jahre, um die mediterrane Abschottung neu aufzustellen. Der Rest scheint bekannt zu sein: Es folgten der Abzug der Marine von Mare Nostrum, die Aufstellung einer phantomartigen sogenannten libyschen Milizen-Küstenwache, das widersprüchliche Agieren von EunavforMed bei Seenotfällen, der Abzug der EU-Militärschiffe Richtung Ostlibyen mit der Operation Irini, die massenhaften Pushbacks in Griechenland und die maltesischen Pushbacks mithilfe einer Geisterflotte und schließlich die Behinderung und Kriminalisierung der NGO-Seenotrettung.

Doch was macht den qualitativen Sprung hin zu obszönen Verurteilungen angeblicher Bootsfahrer zu jahrzehntelangen Haftstrafen und zur Kriminalisierung von Support-Aktivist\*innen in den letzten Zeiten aus? Warum gibt es diese ungeheure Überwachung mit geheimdienstlichen und antiterroristischen Mitteln, die sogar Journalist\*innen und Rechtsanwält\*innen nicht ausnimmt?

Gerald Knaus, der Architekt des schmutzigen EU-Türkei-Deals von 2016, gibt eine einfache Antwort: Er sieht Griechenland im Zuge der „Normalisierung der Gewalt an den Grenzen“ und der „regulären Pushbacks“ im Zustand einer „fortgesetzten Gesetzeslosigkeit“, die so lange anhalten werde, wie die Türkei nicht massenhaft „Migranten zurücknimmt, die in der Europäischen Union keinen Schutz brauchen“.<sup>9</sup>

Ähnliches lässt sich zu Italien und Malta sagen. Das militärische und strafverfolgende Aufhalten der Flüchtenden im Sahel ist weitgehend gescheitert. Die Abfangaktionen von Boatpeople durch die sogenannte libysche Küstenwache werden wegen ihrer Gesetzlosigkeit, Unmenschlichkeit und wegen des fortgesetzten Massensterbens im Mittelmeer früher oder später zu einer historischen Niederlage der europäischen Mittelmeerpolitik führen.

Meine These ist, dass die „Europäische Lösung“ allmählich ins Wanken gerät.<sup>10</sup> Mit dem Begriff „Europäische Lösung“ habe ich – im Un-

---

<sup>9</sup> „He Saved 31 People at Sea“ (wie Anm. 2).

<sup>10</sup> Siehe Forschungsstelle Flucht und Migration e. V., From the “Australian Solution” to the “European Solution.” Das neue Dispositiv der afrikaphoben Flüchtlingsabwehr im Mittelmeer, FFM-Online, 11. Januar 2019, [<https://ffm-online.org/3288-2/?highlight=europ%C3%A4ische%20L%C3%B6sung>]: „Die Sequenz dieser wenigen Tage zwischen Freitag, dem 4. und Dienstag, dem 8. Januar 2019, als die geretteten Boat-people an Land gebracht wurden, kann uns in Miniatur aufzeigen, welche Dimension und welche Funktionsweise das EU-staatlich organisierte Ertrinkenlassen im Mittelmeer angenommen hat, neben dem unmittelbaren Akt der unterlassenen Hilfeleistung auf See. Wir sollten verstehen lernen, wie die zweiwöchige Anlegeverweigerung zu einer orchestrierten Verhandlungshoffnung geführt hat, die die EU-Kommission erst nach Eskalationsdrohung auf der Straße theatralisch hinter den Kulissen, exklusiv unter EU-Staatsvertretungen, in einem Schlussakt hat münden lassen: Der Ablenkung vom tausendfachen Tod im Mittelmeer auch im gerade beendeten Jahr, und die Inszenierung zuerst von Schmach und Schande, zum Schluss aber dann doch die der Werte der EU gegenüber einer winzigen Zahl auserwählter Boat-people. Das nennt man Regulative Policy. [...] Der EU-verantwortete Abzug der Seenotrettung aus der Todeszone vor Westlibyen und aus den libyschen Gewässern stellt den Startpunkt der Europäischen

terschied zur „Australischen Lösung“ – 2019 das Szenario im zentralen Mittelmeer bezeichnet: Seenotrettungs-NGOs mit Geretteten an Bord werden wochenlang vor den italienischen und maltesischen Küsten hingehalten, während sich die EU-Politiker\*innen publikumswirksam streiten. Schließlich werden sozusagen die Scheinwerfer aufgestellt und die NGO-Geretteten an Land gelassen. Während sie auf See gewartet haben und nun im Scheinwerferlicht an Land gehen, ist das Sterben im Mittelmeer weitergegangen. Aber die mediale Aufmerksamkeit gilt jetzt dem Streit der Innenpolitiker\*innen untereinander und mit den NGOs.

Dieses Szenario der „Europäischen Lösung“ haben das Alarmphone<sup>11</sup> und die Schiffs-NGOs in den letzten Jahren mehr und mehr durchkreuzt: Sie erzeugen mittlerweile ein Wissen über vielleicht ein Drittel, vielleicht die Hälfte, vielleicht zwei Drittel der Todesfälle im Mittelmeer und gelangen mit ihren lebensrettenden, aber auch tod-dokumentierenden Nachrichten bis in die globalen Medien. In diesen Nachrichten, die sich streng auf empirisch gesicherte Sachverhalte beziehen, klingt für Lesende der viel größere Horizont mit: die Blackbox – das unbemerkte Ertrinken von Boatpeople. Diese gewandelte Aufmerksamkeit scheint mir der springende Punkt zu sein. Das Licht der Scheinwerfer ist nicht mehr nur auf die einzelnen Rettungsaktionen, auf die Behinderungen der Rettungs-NGOs und auf die Kriminalisierungen gerichtet, sondern auf das dunkle Meer hinaus. Dort passiert Wesentliches, das organisierte Sterbenlassen. Selbst die technische Erfassung wird abgezogen, damit keine Spuren bei den Behörden zurückbleiben. Aber es ist fortan, durch unsere Arbeit, kein wirklich „unbe-

Lösung dar, also das EU-staatliche massenhafte Sterbenlassen im Mittelmeer als Abschreckungsstrategie. Der staatlich angeordnete Abzug der Seenotrettung Mare Nostrum ließe sich datieren auf EU-Gremienbeschlüsse, die benennbare Staatsvertreter\*innen und Entscheidungsträger\*innen vorgenommen haben. [...] Die ‚Europäische Lösung‘ findet nun auf dem Mittelmeer statt. Mörderisch, aber scheinbar vernünftig und gut, mit staatlichen Gnadenakten für NGO-Seenotretter\*innen und einige wenige Boat-people. Seehofer, der wegen des Massengrabs im Mittelmeer vor das Gericht der Geschichte gehört, lächelt dank der ‚Europäischen Lösung‘ in die Fernsehkameras. Wir werden mit unserer punktuellen, kriminalisierten und ausgehungerten Seenotrettung zu einem Spielball dieser Policy. Fix und fertig freuen wir uns riesig über den glimpflichen Ausgang für ganz Wenige, und drohen unsere Glaubwürdigkeit und Widerständigkeit ungewollt einzubüßen.“

<sup>11</sup> Siehe [<https://alarmphone.org/de/>].

merktes“ Sterben mehr. Selbst wenn es dort keine Überlebenden gibt, werden wir durch Hochrechnungen, durch Wahrscheinlichkeitsrechnungen und vor allem durch unseren Zusammenschluss mit den Verwandten und Bekannten der Toten die Blackbox aufheben.

Dass die Scheinwerfer umgestellt werden, hin auf das dunkle Meer, stört die Staaten. Denn wenn die Blackbox aufgehoben wird, wird nicht nur der Kampf um Rettung härter, sondern auch der Kampf um Bewegungsfreiheit. Es ist wie in der alten Revolutionstheorie: Wenn die „humanitäre“ Abschottungsmaske heruntergerissen wird, werden andere Saiten aufgezogen. Im zentralen Mittelmeer signalisieren die EU-Staaten den Boatpeople, dass es um ihr Leben und ihren Tod geht: um das angebliche Recht der Staaten, leben oder sterben zu lassen. *Black lives*, wie der Kolonialismus lehrt.

Das Alarmphone und die Rettungs-NGOs haben ungefähr fünf Jahre lang akribisch nachgewiesen, wie die heimlichen völkerrechtswidrigen Anweisungen von EunavforMed, Frontex und italienischer wie maltesischer Marine an die sogenannte libysche Küstenwache laufen, um aufgespürte Boatpeople abzufangen und in die folterberüchtigten libyschen Lager zurückzubringen. Nachdem die Fakten nicht mehr geleugnet werden konnten, betreiben Frontex und die italienischen wie maltesischen Behörden diese illegalen Anweisungen nun ganz öffentlich.

Am 20./21. April 2021 ließen die EU-Staaten 130 Menschen im Laufe von über dreißig Stunden ertrinken, vor den „Augen“ unserer Alarmphone- und NGO-Aktivist\*innen und vor den empörten Leser\*innen der AP- und NGO-Nachrichten. Ein weiteres Beispiel: Am 30. Juni 2021 versuchte ein libysches Patrouillenschiff, ein Flüchtlingsboot mehrfach zu rammen, und feuerte Schüsse ab. Dabei wurde es nicht nur von einem NGO-Flugzeug aus gefilmt, sondern stand mit dessen Besatzung in streitendem Kontakt. Von der Zielsetzung her war dies eine massenmörderische Aktion, die nur durch waghalsige Bootsmanöver und durch Zufall keine Toten produzierte.<sup>12</sup>

---

<sup>12</sup> Lorenzo Tondo, “Libyan coastguards ‘fired on and tried to ram migrant boat’ – NGO. German rescue group issues video of Libyans’ ‘brutal attack’ on boat of migrant families in Mediter-



Auch die massenhaften griechischen, frontexgeleiteten Pushbacks in der Ägäis, mithilfe von systematischer Gewalt und Misshandlungen, der Errichtung von Barrieren durch eine Kette lebensgefährdender schwimmender Inseln vor der griechischen Küste und dem Abschleppen von Schlauchbooten Richtung Türkei – direkt vor den kritischen Kameras –, gehören zu der neuen repressiven Gangart. Ebenso die unverschleierte massenhafte Misshandlung und Folter an der kroatischen EU-Außengrenze. Und die aktuellen Verhandlungen der italienischen Regierung Draghi mit der libyschen Regierung zwecks Neuauflage des Refoulementabkommens zwischen Berlusconi und Gaddafi aus dem Jahr 2008. Sowie die brutalen illegalen Massenabschiebungen in Ceuta in den letzten Tagen, meternah von hochauflösenden Fernsehkameras gefilmt. Eine Kette staatlicher, brutaler und tendenziell mörderischer Demonstrationen.

Es wäre fatal, wenn wir die Repressionen nach wie vor nur im jeweiligen nationalen Rahmen betrachten und dementsprechende Verteidigungsstrategien entwickeln würden. Die Polizeien, Staatsanwaltschaften und Gerichte an der südlichen Peripherie der EU müssen die Drecksarbeit erledigen. Wir sollten uns überlegen, wie wir dieses Kleinklein der jeweiligen Ermittlungen und Kriminalisierungen durchkreuzen und stattdessen eine EU-weite Antwortstrategie im Herzen der EU entwickeln können.

Und suchen wir die sogenannten Bootsfahrer in den südeuropäischen Knästen auf, sowie ihre Verwandten, Freundinnen und Freunde, ihre Bekannten und ihre Mitstreiter\*innen! Nicht nur Unterstützung tut not, sondern der Aufbau transnationaler Communities, durch die Knastmauern hindurch und über das Mittelmeer hinweg.

ranean,” *The Guardian*, 2. Juli 2021.